

Die Redaktion der Zeitschrift "Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)"

Article

Zehn Jahre

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

Provided in Cooperation with:

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Suggested Citation: Die Redaktion der Zeitschrift "Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)" (1985) : Zehn Jahre, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 11, Iss. 1, pp. 3-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/332175>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Editorial

Zehn Jahre

ist es her, daß die erste Nummer der Zeitschrift „Wirtschaft und Gesellschaft“ das Licht der Öffentlichkeit erblickte. Der Beginn des Erscheinens des neuen Periodikums fiel zusammen mit dem Beginn einer neuen Epoche der wirtschaftlichen Entwicklung: nach einigen Jahrzehnten anhaltender Prosperität trat die industrialisierte Welt in eine Phase der Wachstumsabschwächung ein. Die scharfe konjunkturelle Rezession des Jahres 1975, die Österreich erstmals seit Jahrzehnten wieder einen Rückgang des Nationalprodukts brachte, sollte kein bloßer statistischer Ausreißer bleiben, sondern markierte den Beginn einer Trendabflachung, als deren Resultat die durchschnittliche Wachstumsrate des BIP in den vergangenen 10 Jahren etwa halb so hoch war wie in den beiden Jahrzehnten vor 1975.

Die unmittelbare Ursache des scharfen Einbruchs Mitte des letzten Jahrzehnts wurde hauptsächlich in der Ölpreiserhöhung gesehen, doch waren auch die unabhängig davon bestehenden weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte unübersehbar, die noch vor dem Ölschock zum Zusammenbruch des Systems der festen Wechselkurse geführt hatten.

Wenn die Anhänger des floating von diesem einen raschen Abbau der Ungleichgewichte erwartet hatten, so ist diese Erwartung gründlich enttäuscht worden. Flexible Wechselkurse, ehemals ein Glanzstück im Werkzeugkasten der neokonservativen Ökonomie, dessen Vorzüge lautstark gepriesen wurden, gelten heute angesichts der faktischen Unmöglichkeit, stabile internationale Verhältnisse wiederherzustellen, bestenfalls als ein notwendiges Übel.

Die erste, 1975 bereits in vollem Ausmaß sichtbare Folge der neuen internationalen Situation war die starke Zunahme der Inflationsdifferenziale zwischen den Industriestaaten (vgl. editorial Heft 2/1975, S. 6 ff.). Da die neu „gewonnene“ Flexibilität der Wechselkurse mitnichten schmerzhaft Stabilisierungsmaßnahmen in den Inflationsländern überflüssig machte, waren die negativen Auswirkungen der Inflation in diesen Ländern, aber mittelbar natürlich auch für die Gesamtheit der Industriestaaten unabwendbar.

Den turbulenten Jahren im Gefolge des 1. Ölschocks folgte eine gewisse internationale Konsolidierung gegen Ende der siebziger Jahre, als eine Rückkehr zur Normalität kurzzeitig in greifbare Nähe gerückt erschien. Der 2. Ölschock machte

jedoch alle derartigen Hoffnungen zunichte und leitete eine Phase der weltwirtschaftlichen Stagnation ein. Nach dem Ende dieser weltwirtschaftlichen Eiszeit ist das Landschaftsprofil international so stark verändert, daß eine Rückkehr zur Normalität kaum noch vorstellbar ist.

Die Arbeitslosenrate für OECD-Europa betrug 1975 4,9 Prozent, für die Gesamtheit der OECD-Staaten 5,4 Prozent. Zehn Jahre später hat sich dieses Bild drastisch verschlechtert: 1985 in Europa 11 Prozent, für den gesamten OECD-Bereich 8,3 Prozent. Auch wenn 1975 klar war, daß die weltwirtschaftlichen Probleme „erstmalig seit Kriegsende Dimensionen angenommen (haben), an denen das bisher bewährte Keynesianische Krisenmanagement zu scheitern droht“ (editorial Heft 1/75, S. 6), so war doch eine derartige eklatante Verschlechterung der internationalen Wirtschaftslage damals kaum vorstellbar. Länder, die früher als Paradebeispiele des modernen Wohlfahrtsstaats galten, sind nach und nach in einen Zustand der Massenarbeitslosigkeit hineingeschlittert (Großbritannien, Holland, Belgien, auch die Bundesrepublik Deutschland). Und immer mehr Länder haben sich angesichts der zunehmenden Unmöglichkeit, dem Postulat der Vollbeschäftigung in ihrer Wirtschaftspolitik zu entsprechen, das Ziel der Sicherung eines möglichst hohen Beschäftigungsstandes aufgegeben. Die überfällige Struktur Anpassung erfordere eben auch den Abbau nicht mehr aufrechterhaltbarer Arbeitsplätze. Eine Gesundung der Wirtschaft mit Wiedererreichung eines ausreichenden Beschäftigungsniveaus erscheint in dieser Sicht, wenn überhaupt, nur sehr langfristig realisierbar. Die in solchen Ansichten zum Ausdruck kommenden Denkweisen stellen eine wohl kaum weniger bedeutsame Veränderung dar, als die Zunahme der Arbeitslosigkeit selbst. Es gibt weltweit keinen sozial-demokratischen Konsens mehr, vielmehr sind Länder wie Schweden oder Österreich, die unbeirrt an der beschäftigungspolitischen Orientierung ihrer Wirtschaftspolitik festhalten, heute in eine Minderheitsposition hineingeraten.

Bemerkenswert ist, daß in einem so andersartigen Umfeld Österreich an dieser Orientierung festgehalten hat und immer noch ein hohes Beschäftigungsniveau zu halten vermag. Vor allem auf die realen Verhältnisse ist es wohl zurückzuführen, daß die Rezepte der alten, neuen Rechten bei uns nie ernst genommen wurden. Wenn Hayek, der 1975 allen Ernstes 10 bis 12 Prozent Arbeitslosigkeit zur Stabilisierung der Preise für notwendig erachtete (vgl. editorial Nr. 2/75 S. 12), Österreich aus Enttäuschung über die geringe Resonanz seiner Präskriptionen wieder den Rücken zugekehrt hat, so hat er selbst die Konsequenz seiner Erfolglosigkeit gezogen. Manche Angehörige späterer Generationen der „Österreichischen

Schule“ – etwa Haberler – waren so fair, die Erfolge des Austro-Keynesionismus anzuerkennen.

Wenn die „Grenzen des Wachstums“ in den letzten zehn Jahren in einem Maße von der konventionellen Stagnation „eingeholt“ worden sind, wie dies nicht vorhergesehen wurde, so heißt dies nicht, daß die Debatte um die Ökologie und damit zusammenhängend über die Langfristperspektive der Industriegesellschaft an Aktualität verloren hätte. Im Gegenteil – verschiedene Entwicklungen und Anlässe in der jüngsten Vergangenheit haben dazu geführt, daß der Umweltschutz einen immer prominenteren Platz auch in der Wirtschaftspolitik einnimmt. Es ist gerade in diesem Zusammenhang gerechtfertigt, aus den Abschnitten des editorials von Nr. 1/75 über die „Grenzen des Wachstums“ zu zitieren (S. 6 f.):

„Betrachten wir zunächst die ‚längere Frist‘. In diesem Kontext steht die Frage nach den Grenzen des Wirtschaftswachstums, die seit der Veröffentlichung des Meadows-Forrester-Berichtes an den ‚Club of Rome‘ die Diskussion beherrscht. Hier geht es um die natürlichen Grenzen, die der menschlichen Produktivität und Reproduktivität durch die Erschöpfbarkeit der Ressourcen der Erde und die fortschreitende Umweltschädigung gesetzt sind. Die pessimistische Einschätzung der dem menschlichen Leben bei Fortdauer des Wirtschaftswachstums noch gegebenen Frist durch die Autoren dieses Berichtes kam der lange schwelenden Kritik an der einseitigen Wachstums- und Konsumorientierung unserer Gesellschaft entgegen. Daraus entstand die Forderung nach ‚Nullwachstum‘, in der sich konservativ-romantische und revolutionäre Gedankenwelten in eigentümlicher Weise überschneiden. So ist es nicht überraschend, daß die Gegner jeder Wachstumsbeschränkung ebenfalls aus ganz verschiedenen ideologischen Lagern kommen.

Wäre ‚Nullwachstum‘ durch die Fakten der Natur tatsächlich zwingend vorgeschrieben, würden sich alle weiteren Überlegungen über die politische Durchsetzbarkeit eines solchen Weges und über seine Folgen für die wirtschaftlich und sozial Benachteiligten erübrigen. Die Ergebnisse der bisherigen, sehr gründlichen Diskussion des Meadows-Forrester-Berichtes stützen jedoch keineswegs eine so radikale Schlußfolgerung. Allgemein, oder zumindest überwiegend, hat sich bei Natur- und Gesellschaftswissenschaftlern die Ansicht durchgesetzt, daß in diesem Bericht der Zeithorizont der Umweltbelastungs- und der Verknappungserscheinungen viel zu kurz veranschlagt wurde und daß vor allem die Möglichkeiten, der dadurch entstehenden Gefahren mit den Mitteln der Wissenschaft und Technik Herr zu werden, nicht

genügend ins Kalkül gezogen wurden. Aber auch vom ökonomischen Gehalt her hält die Formel ‚Nullwachstum‘ einer Prüfung nicht stand. Denn die Aufgaben der Umwelterhaltung und Umweltsanierung erfordern jedenfalls einen gewaltigen Schub neuer Investitionen – zum Bau von Umweltschutzanlagen, zur Findung und Realisierung neuer, umweltfreundlicher und ressourcensparender Technologien, die wiederum neue Produktionsverfahren und neue Produkte hervorbringen werden. Ein solcher Prozeß der Umschichtung der Ressourcen kann gar nicht als ‚stationärer‘ Zustand der Wirtschaft gedacht werden, er müßte im Gegenteil in höchstem Maß dynamisch sein. Er würde wohl – das ist kaum zweifelhaft – zunächst zu einer Verringerung der Zuwachsraten des herkömmlichen, nach gegenwärtigen Konventionen im BNP gemessenen Güterbündels führen, aber auf der anderen Seite auch neue Outputs schaffen.“

Wachstum also auch in Zukunft, aber in einem modifizierten Sinn. Damals wie heute geht es darum, „in wirtschaftspolitisches Neuland vorzustoßen, in dem weder die maximale noch die ‚optimale‘ Wachstumsrate im bisherigen Sinn (das heißt die beste Kombination von Wachstum, Preisstabilität und Zahlungsbilanzgleichgewicht) weiterhin als Leitstern dienen kann. Andererseits scheint es aus Gründen, die bereits angeführt wurden, nicht sehr sinnvoll, eine zahlenmäßig festgesetzte Reduzierung des Wachstums anzustreben. Vielmehr muß gefragt werden, unter welchen Bedingungen weiteres Wachstum noch möglich und wünschenswert ist. Aus der Formulierung dieser Bedingungen ergeben sich die Beschränkungen, die ‚constraints‘, die dem Produktionsprozeß auferlegt werden müssen, innerhalb deren aber vielfältige Anpassungsmöglichkeiten bestehen.“ (S. 10)

Daß man sich mit der rasch gefundenen Formel vom „qualitativen Wachstum“ nicht zufriedengeben dürfe, sondern daß sie erst mit Inhalten erfüllt werden mußte, machte von Anfang an einen wesentlichen Teil des Programms dieser Zeitschrift aus. Dabei durften die grundsätzlichen Dimensionen nicht ausgeklammert bleiben:

„Wie schon der für diese Zeitschrift gewählte Titel andeutet, fühlt sich die Redaktion einem Programm verpflichtet, in dem sowohl die wirtschaftspolitische Relevanz der jeweiligen Fragestellung wie auch die Einbeziehung der institutionellen Rahmenbedingungen in die Analyse als wesentliche Gesichtspunkte für die Auswahl und Wertung der Beiträge gelten. Diese Zielsetzung soll jedoch unter sorgfältiger Vermeidung einer dogmatischen Festlegung auf bestimmte Methoden oder Inhalte verfolgt werden. Das gilt nicht zuletzt auch für die vieldiskutierte Frage, ob eine Bewältigung der anstehenden Probleme nicht eine radikale Änderung der

bestehenden Wirtschaftsordnung zur Voraussetzung hat. Wieviel kann von einer Konzeption des ‚qualifizierten Wachstums‘ in dem oben skizzierten Sinne im Rahmen des bestehenden institutionellen Systems durchgeführt werden? So reichen Stoffe für die ökonomische und politische Theorie, die diese Frage bietet, so scheint es vom Standpunkt einer realitätsbezogenen Praxis nicht unbedingt notwendig zu sein, eine Vorentscheidung über sie zu treffen, bevor man an die für notwendig erkannten Reformen herangeht. Im Zuge ihrer Durchführung wird sich nämlich sehr bald erweisen, wo die Grenzen der Elastizität und Funktionalität dieses schwer definierbaren ‚Systems‘ liegen und wieweit seine Fähigkeit zur Aufnahme systemfremder Elemente geht. Allerdings folgt aus dem Argument auch umgekehrt, daß die Bestandserhaltung des Systems nicht selbst als Vorbedingung des Reformplans gelten darf.“ (S. 13 f.)

Die Diskussionen der letzten zehn Jahre haben zweifellos manche Klärung herbeigeführt – dennoch überwiegen heute noch die ungelösten Fragen und Probleme. Die Suche nach Lösungen und Antworten wird auf absehbare Zeit ausreichend Stoff für die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge bilden.